

SÜDOSTASIEN

NACHRICHTEN

15 Tausend gegen 230 Millionen:**Belaus Kampf um Atomwaffenfreiheit geht weiter**

Seit 1979 wäre die Republik Belau der erste Staat, der Atomwaffenfreiheit verfassungsmäßig niedergelegt hat, wenn ... ja, wenn Belau ein souveräner Staat wäre. Seit 1947 verwaltet die Regierung der USA ganz Mikronesien als "Strategisches Treuhandgebiet" der Vereinten Nationen, mit der Auflage, die Unabhängigkeit der ehemals japanischen Kolonien herbeizuführen. Weil Mikronesien für die USA seitdem eher ein strategisches als ein Treuhand-Gebiet war, kamen sie der Auflage bis heute nicht nach. Besonders Belau spielt in militärstrategischen Überlegungen eine wichtige Rolle, für den Fall, daß der Stützpunktvertrag mit den Philippinen, der 1991 ausläuft, nicht verlängert wird. Der Druck der inter-

nationalen Öffentlichkeit erreichte immerhin, daß den Republiken Marshall-Inseln, Nördliche Marianen, Föderierte Staaten von Mikronesien (FSM) und Belau eine Pseudo-Unabhängigkeit angeboten wurde: In der jeweiligen "Vereinbarung über freie Assoziation" mit den USA behielten diese die Kontrolle über Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Nördlichen Marianen votierten 1976 für einen Commonwealth-Status (ähnlich wie Puerto Rico), die Republik der Marshall-Inseln und die FSM willigten in die "Vereinbarung" ein. Nur das kleine Belau, das sich 1981 einseitig und ohne internationale Anerkennung für unabhängig erklärte, konnte widerstehen, weil außenpolitischen Verträgen, die dem Verfassungsgebot der Atomwaffenfreiheit widersprechen, von einer Dreiviertelmehrheit der Wahlberechtigten zugestimmt werden muß. In fünf der-

artigen Abstimmungen 1979, 1980, 1983, 1984 und 1987 scheiterten die USA und die belauanische Regierung an der 75%-Klausel, obwohl das Ergebnis sich immer knapper gestaltete. Durch einen Trick versuchte die Regierung am 4. und 21. August 1987 mit weiteren Volksabstimmungen (wir berichteten in SOAI 3/87), das Verfassungsgebot zu umgehen, und signalisierte den USA, die "Vereinbarung" sei rechtskräftig angenommen.

Doch sowohl das US-Repräsentantenhaus als auch der belauanische Widerstand hielten die Vorgehensweise für verfassungswidrig. Die belauanischen Aktivisten, darunter ihr bekanntester Sprecher, Rechtsanwalt Roman Bedor, legten Beschwerde ein und ließen sich auch durch Massenentlassungen seitens der Regierung, durch Lockangebote der USA mit langfristigen Entwicklungshilfefzusagen und durch nackten Terror, dem der

Vater von Roman Bedor im September 1987 zum Opfer fiel, nicht beirren. Richter Robert Hefner aus Saipan, Hauptstadt der Nördlichen Marianen, erklärte im April 1988 die beiden letzten Abstimmungen für ungültig, was es unwahrscheinlich macht, daß ein erneuter Anlauf der Regierung noch vor den Präsidentenwahlen in Belau im November d.J. stattfinden kann. Die Wiederwahl von Präsident Lazarus Sali scheint nicht nur wegen seines ständigen Mißerfolgs in der Assoziierungsfrage und der katastrophalen ökonomischen Situation des Landes fraglich, sondern auch weil in Belau und vor dem Innenausschuß des US-Repräsentantenhauses massive Vorwürfe gegen ihn (Bestechlichkeit, Bestechung, Mißwirtschaft) erhoben worden sind.

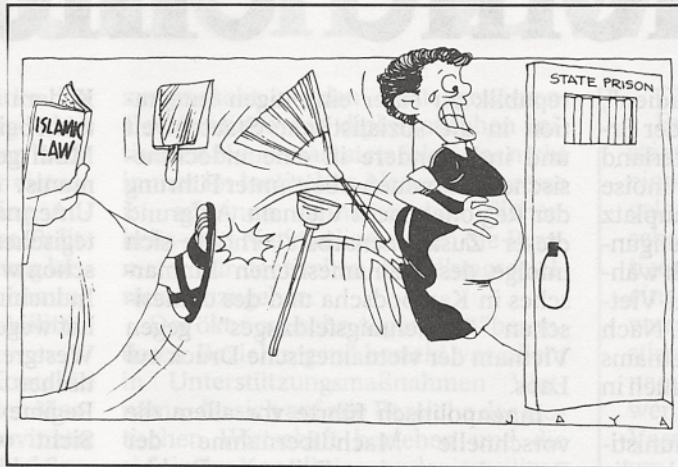
Quellen: EPN Nr. 5/88; FEER v. 19.5. 1988; "Die Militarisierung des Pazifik", hrsg. u.a. von der SOA-Infostelle, 1986

Hausarbeit in Übersee

Das von der philippinischen Regierung für den 1. März 1988 verkündete Verbot neuer Vertragsabschlüsse von Dienstmädchen in Übersee war Mitte März mit Ausnahme für die Länder Singapur und Kuwait bereits faktisch wieder aufgehoben worden. Allein die Bereitschaft, bilaterale Abkommen zu verhandeln, oder die ausreichende Gesetzeslage, wie im Falle Hongkongs, waren Gründe für die Aufhebung des generellen Bans. Anlaß dieser Maßnahme waren sich häufende Berichte über Mißhandlungen und Formen krassester Ausbeutung von Dienstmädchen in Übersee. Nach offiziellen Angaben waren allein 1987 175.000 Filipinas zur Arbeitsaufnahme ins Ausland gegangen, davon mehr als die Hälfte als Dienstmädchen, etwa 33.000 gingen als Entertainer nach Japan, ungezählt sind all diejenigen, die sich illegal im Ausland, u.a. auch in Europa aufhalten.

1987 waren 40 % der Migrierenden Frauen. Zur Zeit arbeiten ca. 54.400 philippinische Dienstmädchen in Asien, davon mehr als die Hälfte in Hongkong, weitere 16.000 in Singapur und 5.000 in Malaysia. 25.000 Filipinas sind als Hausangestellte im Mittleren Osten, v.a. in Saudi-Arabien registriert. (FEER v. 17.3.88)

Die Armut auf dem Land, die hohe Arbeitslosigkeit und die nur geringen Löhne für qualifizierte Arbeitskräfte zwingen vielfach



aus: Philippine Migration Review, Vol. II, No. 2, 1987

Krankenschwestern, Lehrerinnen, Sekretärinnen zu dem Schritt, ihre Familie z.T. für mehrere Jahre zurückzulassen, um sie finanziell vom Ausland aus zu unterstützen. Allein 1987 sind 60 Mio. US\$ auf diesem Weg in die Philippinen geflossen, von dem Verdienst sind schätzungsweise fünf Personen im Heimatland abhängig.

"Nach Nina können Frauen in Malaysia bis zu 120 \$ im Monat, 125 \$ in Singapur und 250 \$ in Hongkong verdienen, ein himmelschreiender Unterschied zu den 20 \$ zuhause." (BP 3.5.88)

Nach Untersuchungen der philippinischen Regierung waren im Verlaufe von 4 Monaten 1987 allein im Mittleren Osten 36 Fälle von Vergewaltigung bekanntgeworden. In Kuwait wurde 4 vom Arbeitgeber geschwängerten Filipinas der Zugang zum Kranken-

haus verwehrt. Nach islamischem Recht gelten schwangere unverheiratete Frauen als kriminell (Philippine Migration Review Vol.11, No.2 1987).

Hongkong, bekannt für geschützte Arbeitsverhältnisse, meldete im ersten Quartal 1987 60 neue Vorfälle - eine Rekordhöhe gegenüber dem Vorjahr. Die Klagen der Hausangestellten reichen von unbegründeten Kündigungen, z.T. mit Diebstahlsvorwürfen verknüpft, über Freiheitsberaubung, nicht vertragsgemäße Bezahlung, überlange Arbeitstage und zu geringe Freizeit, z.T. nur 2 Tage im Monat, bis hin zu physischen Mißhandlungen. Die Angst, abgeschoben zu werden und keine neuen Verträge abschließen zu können, lasse aber viele in ihren Arbeitsverhältnissen geduldig verharren, so Imelda Laguindam, Vor-

sitzende der Vereinigten Filipinos in Hongkong (Pinoy Overseas March/April 1988).

"Zur Zeit bleibt Singapur eines der Länder in Asien mit den geringsten Schutzmaßnahmen und gesetzlichen Regelungen für philippinische Migranten", berichtet das katholische Institut für internationale Beziehungen in London. Das Arbeitsgesetz sei eines der restriktivsten und repressivsten in Asien. Hausangestellte sind von der Arbeitsgesetzgebung ausgeschlossen, rigide Einwanderungsbestimmungen verbieten jede Art gewerkschaftlicher oder politischer Betätigung. Hausbedienstete müssen sich alle 6 Monate einem Schwangerschaftstest unterziehen, die Heirat mit singapureanischen Staatsbürgern ist untersagt. Der Arbeitgeber haftet für die Einhaltung dieser Bestimmungen mit 2.500 \$ Pfand bei der singapureanischen Regierung (NR 1.3.88).

Pichai Sawathasut, Manpower Cooperative of Thailand, sieht all diese Berichte für die 50.000 im Mittleren Osten arbeitenden thailändischen Dienstmädchen, in Hongkong sind sie bislang nicht so beliebt, als unbestätigt an. Der philippinische "Bann" läßt ihn frohlocken: "Die Arbeit als Hausmädchen kann interessant sein und wird gut bezahlt." Thailand solle zum Hauptzulieferer von Hausmädchen in Hongkong werden. Englischkurse für die Arbeit im Ausland würden bereits angeboten (NR 29.3.88).

vgl. dazu auch: AMPO Vol. 19, No. 4, 1988; NM v. 16.3. 1988